



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Die Ministerkrise in Württemberg.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß er vergebens durch den Appell an die moralische Energie aufzurütteln versuchte. Seine Pflicht gebot ihm für das Reich zu streiten, und seine Einsicht sagte ihm doch, daß dem Reich nicht mehr zu helfen sei. So war seine Thätigkeit eine halbhundertjährige Sisyphusarbeit, und auf ihn selbst paßte trefflich, was er über seinen Freund Boineburg gedichtet hatte:

Ob sich die Noth im Osten erhebt, im Westen der Kriegslärm,
Nimmer mit trefflichem Wort fehlte der Edele im Rath.
Doch der Cassandra gleich fand keinen Glauben sein Warnen,
Bis die Verblendung zu spät lehrte der rauhe Erfolg.

In dem zweiten Theil seines Buchs behandelt Pfeleiderer nicht minder ausführlich die innerdeutschen Bestrebungen Leibnizens, zunächst in Bezug auf die Verfassungsfragen, wobei insbesondere der Caesarius Furstenerius eingehend gewürdigt und gegen Mißverständnisse geschützt wird, dann in Bezug auf den Inhalt des Staatslebens, auf die verschiedenen Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft, Rechtswesen, Kirche, Schule, Volkswirthschaft u. dergl. Dieser Abschnitt entbehrt der Natur der Sache nach der scharfen Würze des politischen Theils, gewährt aber doch nicht geringeres Interesse. Denn abgesehen davon, daß uns in der Behandlung so vielfacher Materien erst eine Vorstellung von der Allseitigkeit dieses Geistes aufgeht, liefert auch das Gemälde von den inneren Zuständen des Reichs, wie es hier mit den eigenen Worten Leibnizens entrollt wird, erst den Schlüssel für die sonst unbegreiflichen Jämmerlichkeiten der äußeren Politik. Und dann erfreut hier die Wahrnehmung, wie reich und fruchtbar trotz alledem die Wirksamkeit Leibnizens gewesen ist. Denn wenn er dort nur als Prediger in der Wüste erscheint zeigt er sich hier als der Vater der Aufklärung, als Urheber von tausend fortwirkenden Anregungen, als eine der gewaltigen Säulen unserer Geistesbildung, welche die beste Gewähr für die Wiedergeburt des Vaterlandes enthielt.

W. R.

Die Ministerkrisis in Württemberg.

Aus Schwaben den 26. März.

Als am Vormittag des 24. März die Kunde von der Vertagung der Kammer und den eingetretenen Ministerveränderungen durch die Straßen der Hauptstadt lief, war der Eindruck geradezu ein verblüffender. Wie sollte man sich diese Wendung zurechtlegen? Man mußte, daß eine Ministerveränderung

unvermeidlich geworden war, man war auch auf verschiedene Möglichkeiten gefaßt, entweder Nachgiebigkeit gegen die Kammermehrheit, oder entschlossenes Festhalten an der Wehrverfassung; der Kriegsminister oder seine Kollegen, so schien die Frage gestellt. Daß es aber gelingen werde, eine Combination zu finden, welche — wenn auch vielleicht nur auf kurze Zeit — den widerstreitenden Interessen gleichzeitig Rechnung trägt und den Kampf neutralisirt, bevor er noch ausgebrochen, darauf war Niemand gefaßt. Denn um es kurz zu sagen, die Bedeutung des Ministerwechsels ist die: Nachgiebigkeit gegen die militärisch-finanziellen Forderungen der „patriotischen“ Kammermehrheit, aber zugleich energische Betonung eines bundesfreundlichen Verhältnisses zu Preußen, Rücktritt des Kriegsministers Fthrn. v. Wagner, aber zugleich entschiedene Front gegen die Demokratie.

Ein Entgegenkommen in der Militärfrage war allerdings nicht zu vermeiden, wenn man nicht zur sofortigen Auflösung der Kammer schreiten wollte, und diese verbot sich im jetzigen Augenblick aus triftigen Gründen. Die demokratische Agitation, von welcher man in den letzten Monaten das Land unterwühlen ließ, machte den Gedanken einer Appellation an das allgemeine Stimmrecht unmöglich. Ebendies aber mußte endlich auch zu der Erwägung führen, welche Verheerung diese Agitation in der öffentlichen Meinung des Landes angerichtet hat. Es galt, einen Damm gegen die hochgestiegenen Fluthen der Demokratie aufzuwerfen. Indem man der nahenden See ein Opfer hinwarf, war man zugleich eine Garantie schuldig für den conservativen Theil der Bevölkerung, dem allmählig fatale Erinnerungen an den Sommer 1849 aufstiegen, und welcher die Sorglosigkeit des Ministeriums keineswegs theilte. Dies war die Rücksicht nach innen. Und nach außen durfte die Entscheidung nicht ein preußenfeindliches Gesicht tragen. Daran hielt der König, wie mannigfache Einflüsse ihn auch umgaben, jederzeit fest. Für ihn war dies geradezu das oberste Interesse in der ganzen Crisis, und er hat dabei eine Willenskraft an den Tag gelegt, die man an ihm nicht gewohnt ist. Auch der Schein, als wolle man sich den Verpflichtungen des Allianzvertrages entziehen, sollte vermieden werden. Entschloß man sich zu Modificationen in den Heereseinrichtungen, so durften sie nur von einem Mann in die Hand genommen werden, dessen Name jeden Gedanken einer feindseligen Wendung gegen den norddeutschen Bund ausschloß. Aus dieser doppelten Rücksicht nach innen und nach außen sind die eingetretenen Personalveränderungen zu beurtheilen.

Herbeigeführt wurde die Crisis durch einen Antrag von 45 theils der Partei der Großdeutschen (Patrioten), theils der Volkspartei angehörigen Abgeordneten, der, ohne die utopischen Forderungen des eigentlichen Programms der Volkspartei zu adoptiren, nur im Allgemeinen Ersparnisse im

Militärbudget, insbesondere durch Herabsetzung der Präsenzzeit verlangte und die Regierung ersuchte, sofort die entsprechenden Veränderungen einzuleiten. Der Antrag war am 11. März eingebracht worden. Am 17. März wurde er durch Probst, den Führer der Patrioten, begründet und zwar dahin erläutert, daß eine einjährige Präsenz für Infanterie und Artillerie, eine zweijährige für die Reiterei, und im ganzen ein Ersparniß von 5—600,000 fl. begehrt wurde, — bescheidene Forderungen im Vergleich zu der Sprache, die gleichzeitig auf hunderten von Volksversammlungen im Lande geführt wurde; auch waren sie absichtlich nicht mit politischen, sondern möglichst unschuldig, lediglich mit wirtschaftlichen und finanziellen Gründen belegt. Der Antrag, dessen Unterzeichner bereits die Mehrheit der Kammermitglieder ausmachten, wurde der am gleichen Tag gewählten Finanzcommission übergeben, und diese beauftragte den unvermeidlichen Referenten Moriz Mohl mit der schleunigen Berichterstattung. Diesmal leistete auch Mohl in der That das Unglaubliche. Die Schnelligkeit seiner Feder, die trotzdem eine untadelhafte Batterie von Zahlen aufführte, ließ nichts zu wünschen übrig. Nur um so tragischer war das Geschick, dem gleichwohl dieser Mohl'sche Bericht nicht entgehen konnte. Auch er sollte aus der Druckerei erst hervorgehen, nachdem ihn der Lauf der Weltgeschichte grausam überholt hatte. Zur Stunde da er an die Kammermitglieder vertheilt werden sollte, genossen diese bereits am häuslichen Heerde die Freuden der Vertagung. Sobald nämlich bekannt geworden war, daß der Mohl'sche Entwurf, der im Wesentlichen jenen Antrag befürwortete, die Mehrheit der Commissionsmitglieder erhalten hatte, brach im Schoß des Ministeriums die Krisis aus. Um der Opposition die Spitze abzubrechen, oder — wie seit geraumer Zeit verlautet hatte, — insgeheim mit den Führern der Patrioten einverstanden, drängten Barnbüler und Mittnacht in den Kriegsminister, daß er entsprechend dem Verlangen der Commission seinen Etat um $\frac{1}{2}$ Mill. fl. verkürze. Frhr. v. Wagner, der seinen Etat aufs sparsamste eingerichtet hatte — er allein von allen Ministern trat im Budgetentwurf mit einer namhaften Reduction gegen den vorigen Etat vor die Kammer — erklärte weitere Reductionen für schlechterdings unmöglich. So war der Conflict bloßgelegt, das Gesamtministerium reichte dem König seine Entlassung ein, drei Tage später erfolgte die Entscheidung, die am Morgen des 24. wie eine Bombe in den Halbmondsaal schlug.

Die Vertagung der Kammer war damit motivirt, daß der Hauptfinanzzetat für 1870—1873 „behuß möglicher Ersparnisse, besonders im Kriegsdepartement“ einer erneuten Prüfung unterzogen werden solle. In dieser Zusicherung lag das Entgegenkommen gegen die Kammermehrheit. Gleichbedeutend damit war die Entlassung des Generals v. Wagner, der mit seinem Budget stand und fiel, und der sich längst nach der Niederlegung seines

dornenvollen Postens gesehnt hatte. Dieses Erfolgs also kann sich die patriotische Partei rühmen. Doch die Freude sollte ihr erheblich verkümmert werden durch die Ernennung des Mannes, der die Erbschaft des Herrn v. Wagner zu übernehmen bestimmt war.

Der König hatte sich zuerst an den ritterschaftlichen Abgeordneten Freiherrn v. Wiederhold gewandt, der bis zum Mai 1866 Kriegsminister war und damals zurücktrat, weil er die Verantwortung für die frivole Kriegspolitik nicht übernehmen wollte. Freimüthig hat er jederzeit seine nationale Gesinnung bekant, auch jetzt wollte er den Auftrag nur annehmen, wenn ein durchgreifender und eclatanter Systemwechsel damit verbunden wäre. Er stellte zur Bedingung seines Eintritts die Entlassung der Herren Barmbüler, Mittnacht und Goltzer, und den Erlaß einer königl. Proclamation an das württembergische Volk im Sinn des entschiedenen Anschlusses an den norddeutschen Bund. Ohne Zweifel wäre dies die erwünschteste Lösung gewesen. Vielleicht hätte gerade die Größe dieses Entschlusses rasch eine Umstimmung des Landes herbeigeführt. Aber vor einem so heroischen Mittel schreckte man an höchster Stelle doch zurück, dazu schien in der jetzigen Lage, wosfern man dem Wunsch der Kammermehrheit entgegenkommen konnte, noch keine Nöthigung zu liegen. Aber man suchte den neuen Kriegsminister in demselben Lager, und man traf eine Wahl, die in mancher Beziehung noch bezeichnender war.

Der Nachfolger des Frhrn. v. Wagner ist der Generalmajor v. Succow, ein verhältnißmäßig noch junger Officier, ein ganzer Soldat, herrisch, mehr gefürchtet als beliebt, aber ausgezeichnet durch den Schwung seiner Ideen und Adel der Gesinnung, wie durch unbeugsame Willenskraft, schon seit dem Jahr 1866 um seiner rücksichtslos bekantten Neigung zu Preußen willen ein Dorn im Auge der Demokratie, deren Presse den Mann mit der derben Faust und dem eisernen Nacken als eine Art von Ungeheuer, als lebendige Incarnation des Militärteufels den schauernden Parteigenossen auf dem Lande zu beschreiben pflegte. Ein freimüthiger Bericht, den er über den Mainfeldzug dem König vorlegte, gab den ersten Anstoß zu der Umwandlung unseres Heerwesens nach dem preußischen System. Seitdem war er als Adjutant, dann als Chef des Generalstabs der vertraute Rathgeber des Generals v. Wagner, dessen rechter Arm bei der Durchführung der neuen Heereseinrichtungen. Aus seiner Verachtung der süddeutschen Demokratie hat er nie ein Fehl gemacht, und im Frühjahr 1868, als der „Beobachter“ das Land mit dem Arcolay-Schwindel in Alarm zu setzen versuchte, schrieb Succow die bekantte Flugschrift: „Wo Süddeutschland Schutz für sein Dasein findet?“, eine Schrift, die überzeugend und mit begeisterter Rede aus-

führte, wie die süddeutschen Staaten durch das Interesse ihrer Selbsterhaltung nicht minder, als durch das nationale Ehrgefühl auf die engste, loyalste Verbindung mit dem norddeutschen Bund angewiesen seien. Dies ist der neue württembergische Kriegsminister, von dem man annehmen darf, daß er in dem Cabinet nicht eine Nebenrolle zu spielen gedenkt.

Und fast noch bezeichnender als diese Ernennung ist die Entlassung des Cultusministers Golther, welche, wie es heißt, von Succow geradezu zur Bedingung seines Eintritts in das Ministerium gemacht wurde. Denn Golther war, wie heute die volksparteilichen und ultramontanen Organe in die Wette jammern, das einzige aufrichtig großdeutsche Mitglied des Ministeriums, d. h. er war — entgegen der bloßen Opportunitätspolitik des Herrn v. Arnbüler — von einem principiellen Haffe gegen Preußen beseelt, ein Anhänger Oestreichs, bekannt durch die Maßregelungen nationalgesinnter Beamter in seinem Ressort; unvergessen ist insbesondere die kleinliche Rache, die er im Herbst 1866 an Prof. Pauli übte. In seinem Departement war er nicht ohne Verdienste, obwohl er — ein Beust im Kleinen — diese schmälerte durch eine übertriebene Geschäftigkeit und maßlose Selbstgefälligkeit. Jetzt ist er — nicht etwa zum Professor in Schönthal, aber zum Präsidenten des evangelischen Consistoriums ernannt, eine Stelle, die eben erledigt war.

Endlich aber benützte man die Ministerkrisis, um Geßler, den bisherigen Minister des Innern zu beseitigen. Dabei waren in erster Linie wohl nicht politische Motive im Spiel. Seine Unthätigkeit und Indolenz in größeren Fragen, seine derben Manieren in kleineren Dingen machten im Interesse der öffentlichen Verwaltung längst einen Wechsel erwünscht. Seine Unthätigkeit gipfelte allerdings zuletzt in dem olympischen Gleichmuth, den er der demokratischen Agitation entgegensetzte, auch als dieselbe bereits anfang, wenigstens die ländlichen Behörden in ihren Dienst zu ziehen, wie sie denn überhaupt durch das zweideutige Schweigen der Regierung ermutigt, zum offenbaren Hohn gegen die Autorität der Gesetze ausartete. Wirklich soll ihm als Grund seiner Entlassung ausdrücklich diese seine Haltung gegenüber der „Landesagitation“ genannt worden sein, obwohl diejenigen seiner Kollegen, welche geblieben sind, diese Schuld jedenfalls theilten und selbst in der Kammer Sitzung vom 12. März die Unthätigkeit der Regierung, wenn auch unglücklich genug, zu rechtfertigen suchten.

Als sein Nachfolger war zuerst Sick, der Oberbürgermeister der Residenzstadt ausersehen, der längst für einen Zukunftsministercandidaten gilt, ein Mann von lebhaftem Temperament, gewinnenden Manieren und tüchtiger Arbeitskraft, doch in politischer Beziehung leicht beweglich und unsicher, der aber dem Ministerium Arnbüler wiederholt nützliche Dienste geleistet

hat, zumal im Dezember 1868 während der verunglückten Adreßdebatte, wo Sie das bekannte Amendement für ausdrückliche Anerkennung der Verträge hineinwarf und dadurch die Phalanx der Gegner derangirte. Er scheint jedoch diesmal einer Combination nicht getraut zu haben, die allerdings an Widersprüchen leidet und sich lieber für größere Dauer versprechende Eventualitäten aufzusparen. Auch ist es ein öffentliches Geheimniß, daß er das Ausschneiden Barnbüler's zur Bedingung seines Eintritts gemacht hätte, wie denn für diesen Minister die ganze Crisis ein verständliches memento war. Jetzt ist für das Departement des Innern der Staatsrath v. Scheurlen ernannt, eine robuste, cyclopische Natur, von scharfem Verstand und lebhaftem Ehrgeiz; schon seit geraumer Zeit schien er an unterdrücktem Thatendrang zu leiden, denn man sah ihn das einmahl als Begleiter des Herrn v. Succow zu den Militärconferenzen in München pilgern, das anderemal den Posten eines Oberintendanten des officiellen Staatsanzeigers übernehmen. Er ist ein strenger Conservativer, antinational, aber vor Allem antidemokratisch, der schon vor zwanzig Jahren sich in einer Unpopularität gefiel, die er aussuchte. Seine Ernennung gilt ohne Zweifel zunächst der Agitation der Volkspartei. Ueberhaupt bedeutet das Ministerium eine conservative Wendung, es ist ein „Ministerium der Energie“, vor Allem soll die Autorität der Regierung wiederhergestellt werden, dies ist es wenigstens, was man von dem aus wenig sympathischen Persönlichkeiten zusammengesetzten Ministerium erwartet. Ist dann eine Zeit lang eine wirkliche Regierungsgewalt wieder in Function gewesen, gelingt es, die überschattende Nebenregierung der Volkspartei gründlich zu beseitigen, dann wird man auch eventuell an eine Auflösung der Kammer denken können, falls diese mit den gemachten Zugeständnissen noch nicht zufrieden sein sollte.

Und dies ist die Antwort auf die 150,000 Unterschriften, welche die Volkspartei im Schweiß ihres Angesichts für ihre Antimilitäradresse zusammengebracht hatte. Wie ein kurzer märchenhafter Traum, dem ein rasches unerwünschtes Erwachen folgt, muß ihr der 17 tägige Landtag erscheinen. So nah dem Ziele, und diese gründliche Enttäuschung! Die Bestürzung, welche sich auf den Gesichtern im Halbmondsaal an dem verhängnißvollen 24. März, dem Datum unserer Zollparlamentswahlen, malte, stammelte in den demokratischen und ultramontanen Blättern des Abends Worte schmerzlicher Ueberraschung. „Das Land wird aufschauern“, stöhnte der Beobachter, „über solche Wirkung seiner Bewegung, die das Gegentheil bringt von dem, was es damit wollte.“ Als eine „preussische Antwort“, als ein „Schlag ins Gesicht“ der Patrioten wurde die Lösung bezeichnet. Gleichwohl ist vorauszusehen, daß man im Lande die eingetretene Wendung ungleich gelassener aufnehmen wird, als man nach der mehrmonatlichen Agitation mit

dem Schlusseffekt, der am 20. März in der Stuttgarter Riederhalle veranstaltet wurde, erwarten sollte. Die Proclamation an das württembergische Volk, welche heute das Landescomité der Volkspartei erläßt, — es ist eigentlich die Abschiedsproclamation einer gestürzten Regierung — wird daran nichts ändern. Daß die Bewegung in der That eine „künstlich“ gemachte war, wie die Ansprache der deutschen Partei vom 5. Februar sagte, hat sich doch von Tag zu Tag mehr herausgestellt. Haben auch die Agitatoren überall auf den Dörfern begreiflichen Anklang gefunden mit ihren Vor Spiegelungen, daß es hinfort keine Soldaten und keine Steuern mehr geben solle, so war doch in den Städten, nicht bloß in der Hauptstadt, die Theilnahme eine kühle geblieben, und der Rückschlag aus den Kreisen des conservativen Bürgertums hätte sich ohne Zweifel noch stärker geltend gemacht, wenn man nicht an der Regierung völlig irre geworden wäre, obwohl es jetzt nachträglich kaum wird bedauert werden können, daß man der Bewegung bis zu ihrer Schlußcomödie völlig ungehemmten Lauf verstattete.

Die Lage der Patrioten ist um so verdrießlicher, als der vor den Landtag gebrachten Beschwerde der 45 von Seiten der Regierung entsprochen wurde, noch bevor der Antrag zum Beschluß erhoben war. In den Volksversammlungen war freilich von Umsturz des Kriegsdienstgesetzes, Abschaffung der stehenden Heere, Einführung des Milizsystems, Zerreißung der Verträge u. s. w. die Rede gewesen, aber auf parlamentarischem Boden schrumpften diese kühnen Forderungen zu der weinerlichen Bitte um möglichste Sparsamkeit zusammen. Hier hatten die „Großdeutschen“ es verstanden, sich der von der Volkspartei eingeleiteten Bewegung zu bemächtigen, die in der Hand von begehrlichen Ministercandidaten rasch ein sanfteres Gepräge annahm, und auch die Volkspartei ließ sich zur Abschwächung ihrer Forderungen herbei, damit in der Kammer eine Mehrheit und durch diese ein „rein großdeutsches“ Ministerium zu Stande käme. Jetzt sind die Früchte jener lärmenden Agitation, wie dieser feineren Taktik verloren. Klüger als die Volkspartei waren die Ultramontanen gewesen, aber klüger als diese das Ministerium, welches sie rasch beim Wort nahm.

Welche Maßregeln nun Herr v. Succow treffen wird, um Ersparnisse im Betrag von einer halben Million vorzunehmen und doch gleichzeitig das Heer im bisherigen Stand der Tüchtigkeit zu erhalten, bleibt abzuwarten. Ohne eine weitere Herabsetzung der Präsenzzeit und ohne Verminderung der Mannschaft wird es allerdings nicht abgehen, und dies bleibt auf alle Fälle ein Rückschritt. Manche verdenken es dem neuen Kriegsminister, daß er sich zu diesen Zugeständnissen bequemt hat und überhaupt in Ein Cabinet mit Barnbüler und Mittnacht getreten ist. Ohne Zweifel übernahm er den schwierigen Posten gerade deshalb, weil er sich als Schöpfer der heutigen

württembergischen Armee fühlt und seine gefährdete Schöpfung nicht in die Hände von Pfschern gelangen lassen wollte. Er wird wenigstens retten, was unter den heutigen Verhältnissen überhaupt zu retten ist.

Ein wahres Verdienst um die Presse ist es aber, daß die Regierung ihren Entschluß gefaßt hat, bevor es zur wirklichen Verhandlung über den Antrag der 45 in der Kammer kam. Eine achttägige Debatte über den Fluch des Militarismus, die doch nur der Wiederhall aller zum Ueberdruß gehörten Phrasen der Volksversammlungen gewesen wäre, ist damit glücklicherweise abgewendet. Zu dieser Beschleunigung mag vollends die mehr offenerzige als taktvolle Behandlung der Allianzfrage durch den Abgeordneten Schott (den Verfasser der „Menschlichen Schwächen“) beigetragen haben. Die Interpellation wegen des casus foederis war zwar zunächst gegen die früheren Plunkereien des Herrn v. Warnbüler gerichtet und sollte diesen persönlich in Verlegenheit setzen, aber sie hatte zugleich eine Spitze gegen das Allianzverhältniß überhaupt. Die polternde Rede Schott's am 22. März rührte geradezu an die Gültigkeit des Allianzvertrags. Seitdem die Patrioten demselben nicht mehr von vorne beikommen können, versuchen sie es mit schwäbischer Pffiffigkeit ihm wenigstens eine solche Auslegung zu geben, daß er je nach den Umständen auch den gemüthlichen Vertragsbruch zulasse. Diese Theorie blieb sehr ungefährlich in den Spalten der patriotischen Blätter, aber man durfte sie nicht in die Kammer tragen. Es war eine Ueberspannung des Bogens, die Herrn v. Warnbüler zu statten kam. Wenn seine persönliche Vertheidigungsrede nichts weniger als glänzend war, so gab ihm die Interpellation doch willkommenen Anlaß aufs stärkste zu betonen, daß er, so lange er Minister sei, nicht dulden werde, daß an dem Vertrag gerüttelt werde. Diese Erklärung, abgegeben während der schwebenden Ministerkrisis, war ein Anzeichen, daß Warnbüler bereits über die Krisis sich hinübergerettet hatte, und ließ zugleich voraussehen, daß der Ausgang am wenigsten zu einer Demonstration gegen den Nordbund sich gestalten werde.

So ist denn der neueste Angriff der Patrioten auf die vertragsmäßige Stellung des Landes, nach Preisgebung eines kleinen Außenwerks, glücklich zurückgeschlagen. Die Ähnlichkeit mit dem mißlungenen Angriff im December 1868 springt in die Augen. Damals beantragte die Volkspartei eine Adresse, welche den Südbund verlangte. Die Großdeutschen wandten ihr den Antrag aus der Hand und verwässerten ihn so, daß er sich zum Zukunftsprogramm eines großdeutschen Ministeriums gebrauchen ließ. Die Schlacht schien bereits gewonnen, als unversehens ein geschicktes Manöver der Regierungspartei die Gegner verwirrte, und schließlich blieb die ausdrückliche Anerkennung der Verträge das einzige Resultat, während im Uebrigen das ganze Adressproject ins Wasser fiel. Auch bei dem neuesten Angriff

ging die Volkspartei mit ihrer Agitation und ihren extremen Forderungen voraus, die Großdeutschen gedachten die Früchte einzuheimsen, und schließlich führte ihr Antrag eben diejenige Wendung herbei, welche sie heute als einen Schlag ins Gesicht empfinden. Daß diese Angriffe immer wiederkehren ist sicher zu bedauern. Wenn sie aber regelmäßig mit einer empfindlichen Niederlage endigen, so ist dies doch ein erfreuliches Zeugniß dafür, daß die Logik der deutschen Geschichte stärker ist als der krankhafte Haß der Patrioten.

7.

Unsere Souveräne und die Abschaffung der Todesstrafe.

Noch ist, während dies geschrieben wird, das Schicksal nicht entschieden, welches dem Entwurf zum neuen Strafgesetz vor dem Reichstag werden wird. Denn nicht die Frage der Todesstrafe allein macht die Vereinbarung über das große Gesetz unsicher. Unterdeß sei es erlaubt, die Auffassung dieses Blattes über den wichtigsten Streitpunkt des Gesetzes darzulegen, da dieser ja keineswegs aus der Welt geschafft wird, selbst wenn ein Compromiß der gesetzgebenden Gewalten die letzte Entscheidung in die Zukunft hinauschieben sollte.

Seit zwei Jahrhunderten ist in Deutschland das gesammte Civil- und Criminalgesetz mehr als einmal radical umgeformt worden. Wir Deutsche sind deshalb an den Gedanken gewöhnt, daß das Recht ebenso in unablässiger Fortbildung ist wie Sitte, Sprache, Wissenschaft, Kunst, jede ideale und praktische Richtung des Volkslebens; und daß diese Umbildung so lange dauern muß, als die schöpferische Lebenskraft der Nation sich regt. Wir sehen täglich, daß neue Erfindungen auch neue Bedürfnisse, und daß neue Bedürfnisse auch neue Beziehungen der Menschen zu einander schaffen, und daß jeder sociale Fortschritt seine Befestigung und Weihe durch gesetzliche Bestimmung begehren muß. Auch ist unsere Nation sich sehr lebendig bewußt, daß nicht nur zwingende reale Bedürfnisse, sondern ebensosehr die Fortschritte der sittlichen, religiösen und ethischen Empfindung eine unablässige Fortbildung in der Gesetzgebung nöthig machen; denn die Toleranz gegen Andersgläubige, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, Schutz der Thiere gegen Mißhandlungen sind zuerst durch die Weisen und Guten, durch Reformatoren oder Philosophen der Aufklärungszeit gefordert worden, und aus den Lehren der Ethik und aus dem sittlichen Bedürfniß der Gebildeten in das Rechtsleben der Nation übergegangen. Auch darüber wird in Deutschland wenig Zweifel sein, daß es nicht Aufgabe des Gesetz-